2020/32 Disko

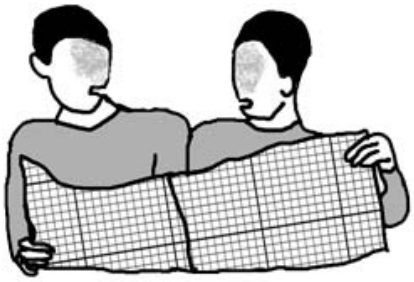
https://www.jungle.world/artikel/2020/32/konkret-werden

Eine Forderung, sich in der Debatte über »cancel culture« die jeweiligen Fälle genau anzusehen

Konkret werden

Disko von **Frédéric Valin**

Vorwürfe sind schnell erhoben, sie sollten aber auch zutreffen. Während die Unterzeichnenden des offenen Briefes nur andeuten, welche Fälle sie problematisch



eweiligen Fall vielmehr genau anschauen.

*Der »Letter on Justice and Open Debate«, veröffentlicht im US-amerikanischen »Harper's Magazine«, hat in der Linken sowohl Widerspruch als auch Zustimmung gefunden. Tom Uhlig (**»Jungle World« 30/2020**) forderte, über die Inhalte der jeweiligen Kritik zu sprechen, Hannah Wettig (**»Jungle World« 31/2020**) betonte hingegen die Wichtigkeit der Form der Kritik.*

Die Unterzeichnenden des »Letter on Justice and Open Debate« haben der Öffentlichkeit nicht den Gefallen getan, konkrete Missstände zu benennen. Ihre Klage bleibt sehr vage, was es schwer macht, eine Debatte zu führen; darauf hat auch schon Tom Uhlig hingewiesen. Jeder füllt die Leerstelle, die dieser Brief bietet, mit eigenen Vorstellungen und Vorannahmen. Deswegen kann es hilfreich sein, sich einen konkreten Fall genauer anzuschauen. Es gibt auch in Deutschland immer wieder Anlässe, bei denen *cancel culture* und moralischer Rigorismus beklagt und bekämpft werden. Eines der vielleicht eindrücklichsten Beispiele war die Debatte über eine Hauswand in Berlin-Hohenschönhausen.

> Dieser offene Brief ist ein Bekenntnis zum Weghören, die Unterzeichnenden haben nichts anzubieten für eine »größere gesellschaftliche Gleichheit und Inklusion«.

Eugen Gomringer erhielt 2011 den Alice-Salomon-Poetikpreis der gleichnamigen Hochschule. Als Dank überließ er – gegen eine Lizenzgebühr von 1 000 Euro – der Hochschule ein Gedicht. Die

damalige Hochschulleitung entschied sich ohne Rücksprache mit anderen Gremien, das spanischsprachige Gedicht »Ciudad« an der Südfassade anzubringen. Dieses Vorgehen wurde schon damals hochschulintern kritisiert. Als sechs Jahre später die Fassade grundsaniert werden musste, forderte der AStA, den damals versäumten Auswahlprozess nachzuholen und in diesen einbezogen zu werden. Zur Begründung führten die Studierenden unter anderem an, »dass uns das Gedicht unangenehm an bestimmte Situationen erinnert – Situationen, in denen wir angegafft, objektiviert und sexualisiert belästigt wurden«.

Die Details sind wichtig, denn sie zeigen: Es hätte viele Möglichkeiten gegeben, die Vorkommnisse, die der sogenannten Avenidas-Debatte zugrunde lagen, zu framen. War es ein Moment inneruniversitärer Selbstermächtigung, der Widerstand einer politisierten Studierendenschaft gegen die Selbstherrlichkeit der Hochschulleitung? Ein Zeichen der Hoffnung aus den seit den Bologna-Reformen stromlinienförmig organisierten Hochschulen? Vielleicht auch eine Debatte über Gedichte und Kunst, endlich mal wieder? Durchgesetzt hat sich aber, eigentlich abwegigerweise, eine andere Lesart, nämlich die von einer *cancel culture*. Die FAZ fragte den damaligen Rektor der Hochschule, Uwe Bettig, ob »Bewunderung herabsetzend sein« könne (was für eine Frage, selbstverständlich kann sie das), der Boulevard beklagte Zensur und wollte keinen Sexismus erkennen. Kunstfreiheit hier, vermeintliche *political correctness* dort. Das Pen-Zentrum Deutschland zeigte sich »zutiefst beunruhigt über eine Entwicklung, die darauf abzielt, der Kunst einen Maulkorb vorzuspannen oder sie gar zu verbieten«. Der Ehrenpräsident des Verbands, Christoph Hein, sah »barbarischen Schwachsinn« von »Kulturstürmern« am Werk, die gefälligst vom Rektor der Schule zu aufrechten Bewunderern der richtigen Kultur zu erziehen seien, statt »deren unerzogene Unbildung zu respektieren«. Im *Neuen Deutschland* begann Jürgen Amendt seinen Artikel mit den Worten: »Der Spießer, der alles verdammen möchte, was nicht in sein enges Verständnis der Welt passt, vergreift sich am liebsten am Kunstwerk.«

Wer sind diese Spießer? Die Alice-Salomon-Hochschule (ASH) bildet im Sozialen Bereich aus, sie ist eine der renommiertesten Hochschulen in Deutschland unter anderem für Sozialarbeiterinnen. Sie sind es, die mit Menschen in schwierigen sozialen Lagen arbeiten und die vielschichtigen Ausschlussmechanismen kennen, die in dieser Gesellschaft wirken – und zwar sowohl theoretisch als auch praktisch, weil einige von ihnen, darunter auch ich, berufsbegleitend studieren. Die Historizität von Kunst unter Einbeziehung des spezifischen Kontextes mag nicht zur Ausbildung der ASH gehören – wie sich Sexismus anfühlt, wie er entsteht und welche Auswirkungen er hat, wissen Leute wie Christoph Hein und Jürgen Amendt aber sicher weniger gut als Lehrende und Studierende dieser Hochschule. Die Avenidas-Debatte war nämlich keine rein akademische Diskussion, sondern auch der Versuch, verdrängte Probleme sichtbar zu machen.

Es war erstaunlich, wie sich in der Abwehr der Kritik ganz unterschiedliche Milieus trafen, Krawallschachteln wie Gunnar Schupelius von der *B.Z.* Seit’ an Seit’ mit dem Feuilleton der *FAZ*, AfDler mit altgedienten Linken, diverse Künstlervereinigungen mit einer Wohnbaugesellschaft in Hellersdorf, die öffentlichkeitswirksam das Gedicht an ihre Häuser malen ließ. Am Ende hat der AStA der ASH mehr für die Bekanntheit der Konkreten Poesie getan, als jeder Verlag es vermocht hatte: Auch auf dem Verlagsgebäude der *Welt* lief das Gedicht, es löste die Solidaritätsbekundung für Deniz Yücel ab. Die Übermalung eines Gedichts scheint einigen offenbar eine ähnlich gravierende Bedrohung der freien Gesellschaft und der »offenen Debatte« darzustellen wie die willkürliche Inhaftierung eines Journalisten.

Die Heftigkeit der Reaktionen und ihre prinzipientreue Apologetik der Kunstfreiheit war vor allem ein Zeichen der Selbstgefälligkeit; es war einfach, die Studierenden der Sozialarbeit geringzuschätzen. Sie hatten wenig Möglichkeiten, sich zu wehren, weil sie nicht über die geeigneten Werkzeuge verfügten, den Diskurs zu beeinflussen – es wird über sie gesprochen, nicht mit ihnen. Entsprechend blieben sie auch seltsam gesichtslos, der AStA einer Hochschule am Rande von Berlin, die von der Diskussion erkennbar überrollt wurde.

Die Unterzeichnenden des offenen Briefs im *Harper's Magazine* dagegen sind es gewohnt, sich öffentlich zu äußern. Sie haben sich daran gewöhnt, dass ihnen zugehört wird. Sie fordern nun für sich das Recht ein, dass dies auch möglichst störungsfrei passieren soll. Niemand setzt sich gerne mit den eigenen Rassismen, Sexismen, Antisemitismen oder Transfeindlichkeiten auseinander. Besonders unangenehm ist das, wenn Betroffene anscheinend allgemein gehaltene Überlegungen persönlich nehmen, oft, weil sie sich für sie tatsächlich persönlich auswirken. Es geht diesem Brief nicht um eine allgemeine Freiheit, sondern um die Freiheit der Unterzeichnenden.

Die Mitunterzeichnerin Bari Weiss beklagte sich in ihrem Kündigungsschreiben an die *New York Times* über schlechte Arbeitsbedingungen und rechtswidrige Diskriminierung, was schwerwiegend ist, wofür sie aber keine Belege lieferte. Dass Hannah Wettig das Verweigern von Belegen wiederum als Zeichen für eine »Unkultur des willkürlichen Anprangerns« anführt (*Jungle World* 31/2020), zeigt, wie willkürlich die Anschuldigungen zuweilen verteilt werden und wie tief die Gräben sind. Weiss sieht in der Redaktion der Zeitung eine Art Orwell'schen Apparat am Werk, in dem ein twitterinduziertes »Wrongthink« die Geschäfte bestimmt. Anfang Juni nannte sie die Auseinandersetzungen innerhalb der Redaktion einen »Bürgerkrieg« zwischen den Generationen und politischen Lagern, in ihrem Kündigungsschreiben bezeichnet sie das Klima in der Redaktion einen Kollegen zitierend als »neuen McCarthyismus«. Auch sie begnügt sich mit Andeutungen. Einer der jüngsten Konflikte kostete ihren früheren Vorgesetzten, den Leiter des Meinungsressorts, James Bennet, seine Stelle (*Jungle World* 30/2020): Vornehmlich schwarze Kollegen und Kolleginnen hatten einen Text des republikanischen Senators Tom Cotton in einem offenen Brief kritisiert, die Redaktion entschuldigte sich, Bennet trat von seinem Posten zurück. Daraus konstruiert Weiss eine Erzählung, die sie als politisch Verfolgte erscheinen lässt. Da liegt der Verdacht nahe, dass die liberalistische Haltung vor allem das eigene Ich fetischisiert, das geliebt und geachtet werden will.

Der offene Brief fragt, was schicklich ist. Zwar gesteht er sozialen Fragen eine gewisse Dringlichkeit zu, aber nur, um sie nach diesem einen Satz völlig zu ignorieren und über Tonfall und Schärfe der derzeitigen Debatten die Nase zu rümpfen. Er ist ein Bekenntnis zum Weghören, die Unterzeichnenden haben nichts anzubieten für eine »größere gesellschaftliche Gleichheit und Inklusion«. Insofern wird er nichts dazu beitragen, die Diskussionskultur zu verbessern oder Debatten offener zu führen, sondern ist eher ein Garant dafür, dass die Wut der weniger Gehörten weiter schwelen und anschwellen, die Debatte noch schärfer und willkürlicher werden wird. Und das zu Recht, denn wenn die sogenannten geistigen Eliten mit diesem Brief eines gezeigt haben, dann, wie einfach sie aus ihrer selbstgefälligen Ruhe zu bringen sind.

© Jungle World Verlags GmbH